

UiD Extra 24/1998

1998 - 2002

# Wahl- plattform

Teil I



**CDU**



**CSU** 

# Der starke Staat schützt die Bürger. Null Toleranz bei Rechtsbruch und Gewalt

**W**ir werden Kriminalität und Gewaltbereitschaft entschlossen entgegenzutreten. Die Bürger sollen sich überall in Deutschland sicher fühlen können.

Der Leitsatz muß lauten: Wehret den Anfängen! Anfänge, das sind die geduldeten Verwahrlosungen von öffentlichen Verkehrsmitteln und Plätzen durch Drogenszenen und Alkoholismus-Milieus, durch Vandalismus, Schmierereien und Belästigung durch aggressives Betteln. Wir wollen keine Gewöhnung an Ordnungswidrigkeiten, Ladendiebstahl und Drogenkonsum. Wer wie Rot-Grün der Entkriminalisierung sog. „Bagatelldelikte“ das Wort redet, der senkt Hemmschwellen, ermutigt Rechtsbrecher und entmutigt gesetzestreue Bürger. Am Ende steht nicht weniger, sondern mehr Kriminalität. Am Ende stehen Gewalt und Schwerverbrechen. Wir wollen eine konsequente Verfolgung aller Rechtsverstöße durch eine bürgernahe und motivierte Polizei.

Wir wollen die Neuorientierung im Strafrecht vorantreiben und mehr Vorrang für den Schutz der Opfer durchsetzen. Die Strafen für Kindesmißbrauch und Gewaltdelikte haben wir verschärft. In den offenen Strafvollzug dürfen nur Gefangene, die keine Gefahr darstellen. Der Schutz der Bürger muß Vorrang haben. Wiederholungstäter werden durch eine Gendatei sicher und schnell identifiziert.

Wir wollen unsere Kinder und Jugendlichen vor gemeingefährlichen Straftätern und zunehmenden Gewalteinflüssen schützen. Leben und Sicherheit unserer Kinder haben Vorrang vor Resozialisierungsansprüchen von Sexualstraftätern. Wir wollen gewaltverherrlichenden und abstoßenden Darstellungen in den Medien und im Internet scharf entgegenzutreten, auch durch internationale Rechtsstandards und konsequente grenzüberschreitende Fahnung.

Wir werden dem erschreckenden Anstieg der Kinder- und Jugendkriminalität konsequent begegnen. Wir setzen auf Vorbeugung durch wertevermittelnde Erziehung in Familien und Schulen, auf Freizeitangebote und soziale Betreuung Jugendlicher. Um Verantwortung für eigenes Handeln bewußt zu machen, sind Jugendliche stärker zur Wiedergutmachung zu verpflichten.

Auf kriminelles Handeln Jugendlicher muß eine unmißverständliche strafrechtliche Sanktion folgen. In schweren Fällen kann auf die Unterbringung in geschlossenen Heimen nicht verzichtet werden. Für kriminelle Heranwachsende (bis 21 Jahre) muß die Verurteilung nach dem Erwachsenenstrafrecht wieder der Regelfall werden. Bei Anwendung von Jugendstrafrecht wird eine Anhebung der Höchststrafe von 10 auf 15 Jahre angestrebt.

CDU und CSU wollen das Rechtsbewußtsein stärken. Den wichtigen werte-vermittelnden Instanzen unserer Gesellschaft – Familie, Schule, Kirchen – kommt dabei besondere Bedeutung in der Erziehung zu. Auch die Medien müssen sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung bewußt sein.

Es muß Schluß sein mit der Unkultur des Wegsehens. Wir wollen verantwortungsbewußtes Hinsehen, Helfen und aktive Nachbarschaft fördern. Modelle wie die „Sicherheitswacht“ in Bayern haben sich bewährt. Sie sollten in allen Bundesländern eingeführt werden. Wir wollen den Schutz vor Gewalt und Kriminalität als zentrale und gemeinsame Aufgabe von Staat und Bürgern.

Wir wollen verhindern, daß organisiertes Verbrechen zu einem Krebsgeschwür in der Gesellschaft werden kann. Verbrecherwohnungen müssen wirksam abgehört und mit Videokameras zu Beweis Zwecken überwacht werden können.

Wir werden für eine wirkungsvollere Kriminalitätsbekämpfung in der Europäischen Union sorgen und die Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden in Mittel-, Ost- und Südosteuropa verbessern.

Wir wollen Schleuserorganisationen das Handwerk legen. Zunehmende Brutalität und der Einsatz modernster Technik erfordern hierzu eine europaweite Strategie. Die EU-Grenzen müssen von jedem Mitgliedstaat gegen illegale Zuwanderung und organisierte Einschleusung gesichert werden. Wir werden auf eine stärkere Zusammenarbeit von Grenzschutz, Polizei und Justiz der beteiligten Länder hinwirken.

Wer unser Gastrecht mißbraucht, muß unser Land verlassen und wissen, daß er nicht wiederkommen darf. Gegen kriminelle Ausländer, die sich illegal oder kurzfristig in Deutschland befinden, werden wir konsequent vorgehen.

Wir erteilen jeder Verharmlosung und Freigabe von Rauschgiften eine entschiedene Absage. Wir werden an unserer Drogenpolitik festhalten: Gezieltes Vorbeugen, konsequente Strafverfolgung und Hilfe für Abhängige. Eine Abgabe von Haschisch in Apotheken oder Heroin durch den Staat werden wir nicht zulassen.

Wir werden den Kampf gegen die Drogenmafia verstärken. Die Strafen für Großdealer und Rauschgiftbosse, für Hintermänner und Drahtzieher werden wir verschärfen.

## **Lebensqualität in Stadt und Land sichern – bäuerliche Landwirtschaft stärken – erfolgreiche Umweltpolitik fortsetzen**

### **Stadt und Land als Heimat lebendig erhalten und modern gestalten**

Wir leben in einer Welt, die immer offener, immer grenzenloser wird, in der Umbrüche und Veränderungen immer rascher aufeinander folgen und die jedem von uns immer größere Chancen bietet. Im selben Maße aber wächst auch das Bedürfnis nach Vertrautheit und Verwurzelung. Es wächst das Bedürfnis nach regionaler Identität und heimatlicher Verbundenheit. Heimat – das sind unsere Dörfer und Gemeinden, unsere Städte und Großstädte, in denen wir geboren und aufgewachsen sind, in denen wir leben und arbeiten, in denen wir uns im Alter zur Ruhe setzen. In einer mobilen Gesellschaft mag dieser Ort wechseln, der Wunsch nach Zugehörigkeit, nach Vertrautheit nimmt dadurch eher noch zu.

CDU und CSU wollen die lokalen und regionalen Bindekräfte stärken. Deutschland ist ein Kulturstaat mit reicher Vielfalt historisch gewachsener Traditionen, Brauchtum und Lokalgeschichte. Wir wollen diese kulturelle Vielfalt, die die besondere Lebensqualität unserer Städte und Gemeinden ausmacht, erhalten. Dazu gehört insbesondere eine ausgewogene Raumordnung und Städteplanung.

Deutschland verfügt wie kaum ein anderes Land über ein ausgewogenes Verhältnis zwischen städtischen Ballungsgebieten und ländlichen Räumen. Wir werden alles daran setzen, diese ausgewogene Struktur zu erhalten. Das setzt insbesondere voraus, daß die Lebensbereiche Wohnen, Arbeiten, Gewerbe und Freizeitgestaltung in Städten, Dörfern und Landschaften optimal aufeinander abgestimmt und miteinander verzahnt werden.

CDU und CSU werden die Kommunen in dieser Aufgabe besonders unterstützen. Die Zuständigkeiten sollen möglichst bürgernah im Bereich der kommunalen Selbstverwaltung liegen. Städte und Gemeinden müssen die notwendigen Mittel erhalten, um ihre Selbstverwaltungsaufgaben wirkungsvoll im Dienste des Bürgers wahrnehmen zu können. In leistungsfähigen Kommunen sehen wir das entscheidende Gegengewicht zu den Zentralisierungs- und Bürokratisierungstendenzen unserer Zeit.

## Mehr Lebensqualität für unsere Städte

Unsere Städte waren schon immer mehr als nur Wohnort und Arbeitsstätte der Menschen. Sie sind Handels- und Einkaufszentrum, Bildungsstätte, Ort der Unterhaltung, der Begegnung, Ort der Integration. Unsere in Jahrhunderten gewachsenen Städte mit ihrem vielfältigen äußeren Erscheinungsbild, ihrer wertvollen Bausubstanz, ihren Sehenswürdigkeiten, mit ihrem urbanen Leben sind Teil unseres Kulturerbes. Sie müssen lebenswert und anziehend bleiben. Deutschlands Großstädte sind Deutschlands Visitenkarte in der Welt.

Wir wollen unsere Innenstädte als Standorte für vielfältige, mittelständisch geprägte Einzelhandels- und Dienstleistungsbetriebe beleben. Der strukturellen Auszehrung insbesondere des innerstädtischen Einzelhandels werden wir entgegenwirken. Die übermäßige Ansiedlung großflächiger Einkaufszentren lehnen wir ab. Denn Einkaufszentren auf der grünen Wiese fördern nicht nur die Zersiedelung und erhöhen den Flächenverbrauch, sie verursachen auch erhöhtes Verkehrsaufkommen und lange Anfahrtswege, während insbesondere älteren Menschen und Müttern mit Kindern die Einkaufsmöglichkeit um die Ecke zunehmend genommen wird. Zwischen inner- und außerstädtischen Zentren muß zumindest Chancengleichheit herrschen. Diese kann beispielsweise durch effektives „City-Management“ und „City-Logistik“ unter Einschluß eines optimierten öffentlichen Personennahverkehrs hergestellt werden. Eine überzogene Verkehrsberuhigung, die die Menschen mit ihren Kauf- und Lebensgewohnheiten aus der Stadt treibt, statt sie in der Innenstadt zu halten, ist nicht stadtfördernd.

Die Modernisierung des innerstädtischen Wohnungsbestandes wird einen größeren Stellenwert im Rahmen unserer Wohnbauförderung einnehmen. Unsere Innenstädte sollen attraktive und sichere Wohnstandorte bleiben.

Unsere Bürger müssen sich auf Straßen und Plätzen, in Parkanlagen ebenso wie in den U-Bahnen unserer Großstädte zu jeder Tageszeit sicher fühlen können. Öffentliche Verwahrlosung, aggressives Betteln, offene Drogensze-

nen, Farbschmierereien beeinflussen das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung erheblich. Darunter leidet auch der Standort Innenstadt. Hier ist eine stärkere Präsenz der Polizei- und Ordnungskräfte erforderlich. Mit der Aktion „Sicherheitsnetz“ werden wir wirkungsvoll gegen Kriminalität in den Städten vorgehen. Lebendige Innenstädte mit Einzelhandel und Gastronomie sind die beste Vorbeugung für mehr Sicherheit und weniger Kriminalität.

## **Zukunft der ländlichen Räume sichern**

Wir brauchen wirtschaftlich lebensfähige ländliche Räume mit lebendigen Dörfern und Gemeinden. Eine zukunftsweisende Politik für den ländlichen Raum und die ihn prägende Land- und Forstwirtschaft ist deshalb ein besonderes Anliegen von CDU und CSU.

Wir werden die Entwicklungschancen des ländlichen Raumes durch eine integrierte Strukturpolitik weiter verbessern, deren erstes Ziel die Erhaltung bestehender und die Schaffung neuer, zukunftsträchtiger Arbeitsplätze ist. Die neuen Technologien wollen wir zur Stärkung der Wirtschaftskraft im ländlichen Raum nutzen. Mit den Möglichkeiten der modernen Kommunikations- und Informationstechnologie steigen die Chancen für eine tragfähige Wirtschaftsentwicklung in den Regionen. Jungen qualifizierten Menschen müssen Perspektiven im ländlichen Raum geboten werden.

Für Land- und Forstwirtschaft, für Handwerk, Gewerbe und vor allem für den Einzelhandel werden wir mittelstandsfreundliche, zukunftsorientierte und verlässliche Rahmenbedingungen schaffen. Angemessene Lebensbedingungen vor Ort und Erhalt der Mobilität sind für die Menschen im ländlichen Raum von besonderer Bedeutung. Eine gute Verkehrsanbindung und die wohnortnahe Versorgung der Bevölkerung bleiben deshalb wichtige Ziele unserer Politik.

## **Bäuerliche Landwirtschaft stärken**

Ländlicher Raum und Landwirtschaft gehören zusammen. Wir werden auch in Zukunft die Existenz einer leistungsfähigen bäuerlichen Landwirtschaft in Deutschland sichern, die in unternehmerischer Eigenverantwortung umweltschonend und tierschutzgerecht produziert. Wir wollen, daß unsere Landwirtschaft die vielfältigen Anforderungen unserer Gesellschaft – wie Versorgung mit gesunden Lebensmitteln, die Erzeugung umweltfreundlicher Rohstoffe, die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und die Pflege der Kulturlandschaft – dauerhaft erfüllen kann.

Unsere Politik zur Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen in der Land- und Forstwirtschaft und im gesamten ländlichen Raum setzen wir fort. CDU und CSU setzen sich dafür ein, die gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union auf der Grundlage der Reform von 1992 weiterzuentwickeln.

Wir wollen, daß unsere Landwirte einen möglichst hohen Anteil ihres Einkommens aus Markterlösen erwirtschaften können. Eine überzogene staatliche Reglementierung und eine weitergehende Abhängigkeit von Prämienzahlungen bieten keine unternehmerische Perspektive für die bäuerlichen Betriebe. Wettbewerbseinschränkende und leistungsfeindliche Obergrenzen lehnen wir ab.

Die Mitgliedstaaten brauchen wieder größere Spielräume bei der Finanzierung und Ausgestaltung der Agrarpolitik. CDU und CSU wollen die Verantwortung der Mitgliedstaaten und Regionen deutlich stärken und Zuständigkeiten zurückverlagern. Hierfür treten wir auf europäischer Ebene mit Nachdruck ein. Die agrarpolitischen Vorschläge der EU-Kommission (Agenda 2000), mit steigenden Belastungen für unsere Steuerzahler bei gleichzeitig sinkenden Einkommen der Bauern, sind nicht akzeptabel. CDU und CSU lehnen die Agenda 2000 in der vorliegenden Form daher nachdrücklich ab.

CDU und CSU bestehen bei der Weiterentwicklung der EU-Agrarpolitik auf Lösungen, die der deutschen Landwirtschaft verlässliche Perspektiven für die Zukunft bieten. Das wollen wir insbesondere durch Entlastung der Märkte bei Milch und Rindfleisch erreichen.

Bei den anstehenden WTO-Verhandlungen werden wir für einen angemessenen Außenschutz eintreten und damit die hohen europäischen Umwelt-, Tierschutz- und Verbraucherschutzstandards absichern.

Im Sinne des Miteinanders von Umweltschutz und Landwirtschaft halten wir unverrückbar daran fest, daß es für besondere ökologische und landschaftspflegerische Leistungen, die über die Erfordernisse der „guten fachlichen Praxis“ hinausgehen, einen angemessenen Ausgleich geben muß. Dies wollen wir – auch gegen den Widerstand der SPD – im Bundesnaturschutzgesetz verankern.

## **Die natürlichen Lebensgrundlagen schützen**

Wir wollen die natürlichen Lebensgrundlagen für nachfolgende Generationen bewahren. Das ist Kernanliegen unserer Politik in christlicher Verantwortung.

Deutschland ist in der Umweltpolitik international führend, weil wir Umweltschutz, Wirtschaftswachstum und Beschäftigung als Einheit sehen. Wir setzen bei der Fortentwicklung unserer Umweltpolitik konsequent auf die Instrumente des Marktes: mehr Eigenverantwortung für die Unternehmen (z. B. Öko-Audit), freiwillige Selbstverpflichtung, Rücknahmeverpflichtung der Hersteller im Abfallrecht. Unser Ziel ist, daß Produkte und Verfahren entwickelt werden, die von vornherein ein Maximum an Umweltverträglichkeit aufweisen.

Wir werden mit Nachdruck die Verabschiedung eines Umweltgesetzbuches vorantreiben mit dem Ziel, das Umweltrecht überschaubarer und damit vor allem für den Mittelstand praktikabler zu machen.

Wirtschaftswachstum darf nicht stärkere Inanspruchnahme von Ressourcen bedeuten. Beim Energieverbrauch ist uns in Deutschland diese Entkopplung bereits gelungen. Neben der möglichst effizienten und rationellen Nutzung fossiler Energieträger und dem Ausbau der erneuerbaren Energien wird weiterhin die Kernenergie ihren Beitrag zur deutschen Energiewirtschaft leisten. Sowohl unter dem Aspekt der CO<sub>2</sub>-Reduzierung als auch der Fortentwicklung internationaler Sicherheitsstandards, die auch dem Schutz unserer eigenen Bevölkerung dienen, können wir uns keinen Ausstieg aus dieser Spitzentechnologie leisten.

„Global denken, vor Ort handeln“ – das bedeutet, daß Erfolge im Kampf um das ökologische Gleichgewicht auf dieser Erde nur erzielt werden können, wenn jedes Land den ihm zustehenden Beitrag mit den Mitteln nationaler Umweltpolitik erbringt. Wir halten an unserem Ziel fest, die CO<sub>2</sub>-Emissionen bis zum Jahr 2005 um 25 % zu reduzieren. Wir wollen den Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromversorgung – Solarenergie, Wasser- und Windkraft – bis zum Jahr 2010 verdoppeln. Und wir wollen die rasche Einführung des 5- und des 3-Liter-Autos.

Nationale Alleingänge in der Energiebesteuerung, wie sie von Rot-Grün gefordert werden, kommen für uns nicht in Frage, weil sie die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft und damit unsere Arbeitsplätze massiv gefährden würden. Wir setzen uns ein für eine europaweit abgestimmte, harmonisierte, aufkommens- und wettbewerbsneutrale Energiebesteuerung.